

Hannoversche Linke

Region Hannover

Gruppe im Rat der Landeshauptstadt Hannover

Hannoversche Linke • Viktoriastr. 42 30451 Hannover

Viktoriastr. 42

30451 Hannover

Tel.: 05 11 / 3 00 69 00

Fax: 05 11 / 59 02 85 24

hannlinke@hannover-stadt.de

www.hannoverschelinke.de

Hannover, 2.4.2009

Redebeitrag zum Konjunkturprogramm II Ratssitzung vom 2.4.2009 -Luk List-

Sehr geehrte Damen und Herren,
geschätzter Herr Ratsvorsitzender, Herr Oberbürgermeister,

den zur Ratssitzung als Tischvorlage vorliegenden CDU-Zusatzantrag zur Sanierung und Erweiterung der Sportplätze TSV – Bemerode und des Schulsportplatzes der Elsa-Branström-Schule werden wir zustimmen, dem CDU-Antrag für die Streichung der Finanzmittel für das Raschplatz - Pavillon aber keinesfalls.

Mit einem gewaltigen Aufwand wird derzeit den Menschen vorgeführt, mit welchen Mitteln die Schiefelage des Kapitalismus zu begradigen sein sollte. Ein Popanz der die Wirklichkeit der Ursachen der Finanz- und Wirtschaftskrise verschleiern soll.

Den Banken, die mit riesigen Spekulationen über Hedgefonds und Derivaten eine Art Glücksspiele und Wettgeschäfte weltweit betrieben haben und die weiterhin Spekulationsgeschäfte mit den unterschiedlichen Währungen und Rohstoffgeschäften betreiben, soll nun mit Milliarden von Steuergeldern aus dem Debakel geholfen werden. Allein die Bundesrepublik zahlt den Banken 43 Milliarden Euro Zinsen für Altlasten und die Neuverschuldung.

Unser Vorschlag, ein Zinsmoratorium einzuführen um den Banken nicht doppelte Profite für ihre Fehlleistungen zukommen zu lassen, wurde vom grünen Ratsherrn Putzke mit dem Entzug demokratischer Grundrechte beantwortet und Ratsherr Fischer von der CDU verwechselte mich mit einem Indianer, der im ICE fuhr. Ich vermute aber, dass er eher Frau Merkel im Zug sitzend gesehen hat, die dann in Berlin ausstieg um dort auf ihre geistige Erleuchtung zu warten. Einige Politiker und Politikerinnen aus Hannover müssen ebenso dabei gewesen sein, denn sie stiegen hier aus und sind letztlich im Rathaus gelandet. Ihre lautstarke Sorge damals, um die Vorteile der Banken zu sichern, veranlasste sie zu einem lautstarken Protestgeheul. Allerdings jetzt müssen sie erkennen, dass das Zinsmoratorium bereits in den USA verwirklicht ist und in Hannover erhält die Kommune für ihre Kassenkredite ebenfalls nur noch 1,2 Prozent Zinsen berechnet – Tendenz fallend.

Die vom Staat bereit gestellten Konjunkturpakete lassen die Banken in gewohnter Weise weiterhin profitieren und gestatten den Managern nach wie vor eine horrend profitable Absicherung.

Um tatsächlich aus der Krise herauszukommen sind die Forderungen der Gewerkschaften auf umfassende Mitbestimmung aller Beschäftigten in Banken und Konzernen durchzusetzen, die Enteignung von Pleitebanken nach dem „Rettungsübernahmegesetz“ unmittelbar umzusetzen und die Manager, die für diese Finanzkrise verantwortlich sind sofort in finanzielle Haftung zu nehmen. Nur so sind Regelungen zu finden, die eine sozial gerechte Verteilung der Notsituationen durch die Finanz- und Wirtschaftskrise erreichbar machen und die Arbeits- und Ausbildungsplätze können damit wenigstens teilweise erhalten bleiben.

Das Konjunkturpaket II versetzt nun die Kommunen in die Lage, den betroffenen Menschen, insbesondere den Jugendlichen etwas Nutzen aus den Mitteln für soziale und Bildungseinrichtungen zuzugestehen. Allerdings darf dabei nicht vergessen werden, dass sie auch für die gewaltige Schuldenlast aufkommen müssen, die ihnen dabei zugemutet wird.

Wir werden dem Konjunkturpaket II insoweit unsere Zustimmung geben wie es zur Verbesserung von Sozial – und Bildungseinrichtungen nützlich sein wird.

Aus diesen Gründen werden wir die Vorschläge befürworten, die den Vorgaben zur kommunalen Schulinfrastruktur (Ganztagsschulen), Sanierung von Sportstätten und Krankenhäusern, Altlastensanierung und Investitionen im Bereich Hochschulen, Forschung und Bildung entsprechen.

Wie bereits ausgeführt werden wir dem CDU-Antrag zur Kürzung der Mittel für den Raschplatz – Pavillon nicht zustimmen. Es reicht, dass wir die Schließung der Bibliothek im Freizeithaus Linden bisher nicht verhindern konnten. Damals war die CDU noch mit uns auf der sozial gerechten Seite zu finden. Die Schließung der Bibliothek wird von den Bürgerinnen und Bürgern sicherlich nicht ohne weitere Proteste hingenommen werden, lediglich ein Beschluss im Rat reicht nicht aus, um sie um ihre berechtigten Interessen zu bringen.